



NEHMT JUNGEN MENSCHEN IHRE SORGEN!

MEINUNG Auch Jüngere wollen in 50 Jahren noch eine sichere und armutsfeste Altersversorgung. Deshalb sollten alle Berufsgruppen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen

Von Carl Mühlbach und Pippa Kolmer

Laut einer Forsa-Umfrage glauben 31 Prozent der 18- bis 30-Jährigen, gar keine gesetzliche Rente im Alter zu bekommen. Diese Sorge ist völlig unbegründet, muss aber trotzdem ernst genommen werden. Dabei ist die gesetzliche Rente besser als ihr Ruf. Es gilt also nicht nur, sie noch weiter zu verbessern, sondern auch, Vertrauen zurückzugewinnen.

Auch wir jungen Menschen werden einmal alt sein. Und auch wir möchten dann eine armutsfeste Rente erhalten, die uns zudem gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Dass in einem so reichen Land wie Deutschland jeder vierte Rentner armutsgefährdet ist, dürfen wir so nicht hinnehmen. Und auch wenn oft von einem Rentensystem aus drei Säulen gesprochen wird – gesetzliche, betriebliche und private Altersvorsorge – erhalten 50 Prozent der Rentnerinnen und Rentner lediglich Einnahmen aus der gesetzlichen Rentenversicherung,

DIE RENTE

» Schon zu Bismarcks Zeiten gab es einen Steuerzuschuss in die Rentenversicherung.«

Carl Mühlbach,
Pippa Kolmer

die damit eher einem Fundament als einer Säule entspricht.

Die demografische Entwicklung stellt unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen – nicht nur die Rente, auch das Gesundheitssystem, die Pflege und den Staatshaushalt insgesamt. Deshalb ist es richtig, eine breite fachliche Diskussion zu führen, wie unsere Sozialsysteme – eine große Errungenschaft und Stärke unseres Landes – zukunftsfest gestaltet werden können.

Wer den Menschen in diesem Land helfen möchte, wer ihnen eine gute Zukunft ermöglichen möchte, der verbessert und stärkt die gesetzliche Rentenversicherung, statt sie zurückzudrängen. Verfechterinnen und Verfechter von Leistungskürzungen argumentieren oft mit der Höhe des Bundeszuschusses in die Rente. Natürlich handelt es sich um eine stattliche Summe, immerhin haben wir 22 Millionen Rentnerinnen und Rentner in die-

sem Land. Der Bundeszuschuss ist über die vergangenen Jahrzehnte nominal gestiegen, so wie auch die Wirtschaftsleistung steigt, die Steuereinnahmen und sonstige Staatsausgaben. Misst man den Anteil des Bundeszuschusses in die gesetzliche Rentenversicherung anteilig an der Wirtschaftsleistung waren es 3,5 Prozent im Jahr 2003 und 2,7 Prozent im Jahr 2024. Ein Rückgang statt maßlosem Wachstum.

Der Bundeszuschuss ist kein Ausdruck einer vermeintlichen Schieflage. Es ist Normalität, dass die Rentenversicherung sowohl aus Beiträgen als auch aus Steuermitteln finanziert wird. Schon zu Bismarcks Zeiten gab es einen Steuerzuschuss in die Rentenversicherung. Die vergangenen Jahre zeigen, dass es zunehmend herausfordernder wird, den Bundeshaushalt aufzustellen.

Kapitaleinkommen hinzuziehen

Millionen junger Menschen sind darauf angewiesen, dass es auch in 50 Jahren noch eine starke gesetzliche Rentenversicherung gibt. Damit das gelingt, sollten alle Berufsgruppen in ein- und dieselbe Rentenversicherung einzahlen. Zudem wäre es klug, weitere Einkommensarten wie Kapitaleinkommen zur Finanzierung der Sozialsysteme hinzuziehen. Im Sinne der Priorisierung sollten die Personen mit geringen Renten die größte zusätzliche Unterstützung erhalten. Hierfür muss das Äquivalenzprinzip modernisiert werden: Aktuell bekommt jemand, der über sein Erwerbsleben doppelt so viel einzahlt wie eine Vergleichsperson, jedes Jahr eine doppelt so hohe Rente. Das hört sich erst mal fair an, führt jedoch zu einer Umverteilung von Arm zu Reich. Denn das reichste Fünftel der Deutschen lebt zehn Jahre länger als das ärmste Fünftel, bekommt die höhere jährliche Rente also viel häufiger ausgezahlt. Um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, bräuchte es eine stärkere Umverteilung innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung.

Es braucht einen Kraftakt, diese Reformen zu erstreiten und umzusetzen. Doch es lohnt sich! Denn auch wir jungen Menschen möchten später einmal eine armutsfeste Rente bekommen. Zudem zeigen viele Studien, dass Ängste und Unsicherheiten ein zentraler Faktor sind, der Menschen zu populistischen Parteien treibt. Wenn wir jungen Menschen die Sorge nehmen können, im Alter keine angemessene Rente zu erhalten, wäre das auch ein großer Gewinn für unsere Demokratie. ■

Carl Mühlbach ist Gründer und Geschäftsführer von FiscalFuture, einem Thinktank junger Ökonomen für eine zukunftsfähige Finanzpolitik. **Pippa Kolmer** verantwortet den Themenbereich Resiliente Demokratie bei FiscalFuture.